

Konferenz zum Thema

**“REGIONAL MANAGEMENT OF MIGRATION AND REFUGEE PROTECTION WITHIN
AFRICA AND INTO EUROPE: WHAT ROLE FOR AFRICAN REGIONAL
ORGANISATIONS?”**

veranstaltet in Arusha, Tansania, vom 13 – 14 Juni 2018



Erst kürzlich veröffentlichte das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR die neuesten Flüchtlingszahlen, nach denen sich fast 70 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht befinden. Auch auf dem afrikanischen Kontinent führen Kriege und humanitäre Krisen wie in der Zentralafrikanischen Republik, im Kongo, in Eritrea, Somalia oder Südsudan zu Fluchtbewegungen innerhalb Afrikas und von Afrika nach Europa.

Neben Fluchtursachen gibt es aber auch zahlreiche andere Gründe für Migration und Auswanderung, etwa Arbeits- und Studienaufenthalte, die durch die zunehmende Globalisierung verstärkt werden. In jedem Fall hat sich Migration zu einer sensiblen und komplexen Herausforderung für Politik und Gesellschaft entwickelt – nicht nur in Afrika und Europa. Dies hat auch Einfluss auf die innerafrikanischen sowie afrikanisch-europäischen Beziehungen, die sich zunehmend auf die Themen Flucht und Migration fokussieren. Wie soll Migration gehandhabt werden? Inwiefern können oder sollen dabei Werte wie Solidarität und Humanität Beachtung finden? Und welche Rolle kommt in der Bewältigung von Migration Regierungs- und Nicht-Regierungsorganisationen zu?

Um einen Beitrag zu diesem Diskurs leisten, veranstaltete das Rechtsstaatsprogramm für Subsahara-Afrika der Konrad-Adenauer-Stiftung zusammen mit der Pan African Lawyers Union (PALU) eine Konferenz zum Regionalen Management von Migration und Flüchtlingsschutz in Afrika und von Afrika nach Europa mit einem besonderen Fokus auf der Rolle regionaler Organisationen wie AU, ECOWAS, EAC und SADC.

Im Rahmen der Konferenz kamen Experten, Wissenschaftler und Praktiker aus den Bereichen Recht und Politik zusammen, um Erfahrungen auszutauschen und über diverse Themen zu Migration und Flucht zu diskutieren. Ziel war es, einen Überblick über die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen für Migration in Afrika und zwischen Afrika und Europa zu geben, die Rollen der unterschiedlichen Akteure zu erörtern sowie Folgeschritte und Maßnahmen zu empfehlen, insbesondere im Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen über die künftige Zusammenarbeit zwischen Afrikanischer und Europäischer Union.

Dabei bot die Konferenz eine Plattform zum internationalen Austausch zwischen Experten aus den Bereichen Recht und Politik aus Kenia, Nigeria, der Republik Kongo, Simbabwe, Südafrika, Tansania, Uganda, dem Vereinigten Königreich und Zypern.

Themen der Vorträge und Diskussionen behandelten u.a. die regionale Migrations- und Mobilitätssteuerung in Afrika, Flucht- und Migrationsursachen sowie den dazu geführten Dialog zwischen Afrikanischer und Europäischer Union. Daneben gab ein britischer Richter für Asyl- und Migrationsangelegenheiten Einblicke in seine praktischen Erfahrungen und Dr. Arne Wulff, Direktor des Rechtsstaatsprogramm für Subsahara-Afrika der Konrad-Adenauer-Stiftung, schilderte Zahlen und Fakten zum Umgang Deutschlands mit der Einwanderung seit 2015.

Die Teilnehmer fordern in ihren Schlussfolgerungen und Empfehlungen folgendes:

- ❖ Flucht und Migration dürfen nicht nur als Gefahr, sondern sollten vor allem als Chance für die aufnehmenden Gesellschaften betrachtet werden;

- ❖ Der Fokus der Migrationssteuerung muss auf regionaler und kontinentaler Ebene liegen, um einen effektiven Umgang mit Migration gewährleisten zu können. Afrikanische Staaten sollten daher Solidarität zeigen und ihre Zusammenarbeit verbessern;
- ❖ Zugang zu Arbeit ist die effektivste Maßnahme für Integration. Geflüchteten sollte daher ein schneller Zugang zum Arbeitsmarkt der aufnehmenden Gesellschaft gewährt werden;
- ❖ Konfliktprävention und Friedenssicherung müssen zur Bekämpfung von Fluchtursachen gefördert werden;
- ❖ Die Rückkehr von Flüchtlingen und Migranten in ihre Heimatstaaten sollte einhergehen mit unterstützenden Maßnahmen, etwa zur Arbeitsbeschaffung, um eine schnelle (Re-)Integration zu ermöglichen;
- ❖ Afrikanische Regionalorganisationen sollten eine Stimme in Brüssel erheben, um Ihre eigene Perspektive in die Europäische Migrations- und Entwicklungspolitik einzubringen;
- ❖ Einwanderungspolitik und Fluchtbewegungen dürfen keinen negativen Einfluss auf die Entwicklungszusammenarbeit haben, da nur so gewährleistet werden kann, dass Fluchtursachen wirksam bekämpft werden können;
- ❖ Das Verständnis für eine gemeinsame Verantwortlichkeit zwischen Ursprungs- und Aufnahmestaaten muss wachsen, um Perspektivwechsel und internationale Lösungen zu ermöglichen.